

litärischen Strategie der UdSSR. Für die beiden Supermächte war die Mauer nach den verbalen Atomkriegsattacken beim Wiener Treffen ihrer höchsten Repräsentanten das politisch „kleinere Übel“. Nachträglich soll nach dem Willen von Geschichtsfälschern das „kleinste Übel“ der Supermächte nun das „größte Übel“ der DDR sein, für das willkürlich DDR-Bürger auf die Anklagebank gesetzt werden.

Obwohl die Blockgrenze quer durch Deutschland wegen ihrer Gefahr für die Existenz der Menschheit wohl einmalig in der Weltgeschichte war, raubte der Bau der Mauer den Großmächten nicht einmal die Nachtruhe, als er bekannt wurde. Sie war eine deutsch-deutsche und eine Ost-West-Realität. Und es galt bis zum Wegfall der Bedingungen, die zu ihrer Entstehung geführt hatten, den Kurs in Richtung Deeskalation zu steuern.

Dazu habe ich bis hin zur friedlichen Maueröffnung beigetragen. Die Grenzöffnung verlangte in den entscheidenden Stunden und Minuten des 9. November 1989 entgegen der Beserwisserei von Kommentatoren auf den sicheren Bänken nachträglicher Geschichtsbetrachtung eine sehr komplizierte und sofortige Gewissensentscheidung.

Einen „Schießbefehl“, den hat es nie gegeben. Aber einen Befehl zum Nichtschießen auf Demonstranten und auch an der Grenze, den gab es tatsächlich. [...]

Diese Prozeßkaskade hat zweifellos ihre Dramaturgie. Zuerst die rechtsstaatlich nicht hinzunehmende und mich mehr als mein eigener Prozeß belastende Bestrafung der Grenzsoldaten. Um dann, als der gewünschte Ruf erschallte „Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“, den Racheengel in Richtung politische und militärische Verantwortungsträger fliegen zu lassen. Da ist er nun angekommen. Ich würde mich über einen Freispruch schämen, solange die Unrechtsurteile gegen die Grenzsoldaten und meine verhafteten Freunde nicht aufgehoben sind. Man kann die wirkliche Einheit in Deutschland vielleicht herbeimoralisieren. Man kann sie – wie sich zeigt – schlecht herbeifinanzieren. Herbeikriminalisieren kann man sie jedenfalls nicht! [...]

An die höchststrichterliche Instanz appelliere ich, im Interesse der Autorität des Grundgesetzes und der Intaktheit des Einigungsvertrages das Rückwirkungsverbot wieder herzustellen und die juristische Verfolgung ehemaliger DDR-Bürger wegen ihrer verfassungsmäßig garantierten politischen Tätigkeit aufzugeben. Was Deutschland im Jahre 7 nach der Vereinigung braucht, wäre eine Magna Charta finitum als Urkunde des Schlußstrichs unter die deutsche Spaltung. Ich rede keinem politischen Schlußstrich das Wort. Ich wende mich gegen den politischen Mißbrauch der Justiz. Erst das würde einen offenen und ehrlichen Dialog über die Geschichte beider deutscher Staaten ermöglichen.

Wie immer das Gericht urteilt: Ich werde mich an jenes Urteil halten, das mir der Stolz auf Lebensleistungen in der DDR und zugleich das Eingeständnis meiner Mitschuld am Scheitern der DDR auferlegen. Ein Krimineller jedenfalls bin ich nicht. Meine politisch-moralische Verantwortung für das Scheitern der DDR steht auf einem anderen Blatt und in einem nichtjuristischen Kapitel, das nicht die Justiz zu schreiben hat. Und um auch das ganz klar zu sagen: Ich bitte nicht um Milde oder Gnade. Zudem ist meine Ansicht bekannt, daß meine Angelegenheit, wenn überhaupt, vor ein internationales Gericht gehört. [...]

Schlußwort des ehemaligen Ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung Berlin Günter Schabowski

(Auszüge)

[...] Ein soziales System, das hehre, humane, ja, berechnete Ideale und Ziele beschwört, jedoch ohne solche Opfer wie die Toten an der Mauer um seinen Bestand fürchten muß, delegitimiert sich in der Tat selbst. Dazu braucht es keinen Auftrag eines Justizministers. Wer es von uns mit sich selber ehrlich meint, muß diesen bitteren Weg der Einsicht gehen. Die Wahrheit liegt zutage. Wer noch immer hilflos oder anmaßend den Blick davor verschließt, übt Selbstbetrug. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel.

Das ist für mich die Kernfrage – oder der Fluch der Indoktrination. Wir bauten ja eine neue Gesellschaft auf, das war unsere Generallegitimation. Wir wurstelten uns dabei durch einen Wust von Problemen. Zeitweise lief es einigermaßen, dann wieder nicht. [...]

Die hier verlesene Schilderung des Vaters von Michael Schmidt über die letzten Tage seines Jungen und dessen Tod waren für mich am Ende des Verfahrens das niederdrückendste Dokument des Prozesses. Ich habe das Gehörte neben meine Erinnerung an die letzten Jahre der DDR gehalten. Es läßt nur einen Schluß zu: Wenn man spürt, daß das Gefühl für die individuellen, menschenwidrigen Auswirkungen einer Politik verloren geht, muß man sich dagegen stellen oder den Hut nehmen.

In meinen letzten Bemerkungen kann ich mich nur noch einmal vor den Opfern verneigen und ihre Angehörigen um Verzeihung bitten. Wenn Sie mir als einem Verantwortlichen des Systems, der ihren Tod nicht gewollt und nicht veranlaßt hat, wegen der Schwere ihres Verlustes Verzeihung nicht gewähren wollen oder können, werde ich damit leben müssen.

Ich habe hier erklärt, daß ich das Etikett „Siegerjustiz“ und „politischer Prozeß“ dieser Verhandlung nicht anheften will und kann. Dabei bleibe ich. Darin sehe ich mich durch das Verhalten des Gerichts und seines Vorsitzenden, Herrn Richter Hoch, während des Verfahrens bestärkt. Wie ich zu diesem Gericht stehe, resultiert aus meiner Annahme der bundesdeutschen Realität, nachdem wir die von uns vertretene politische Realität verwirkt hatten. Ich kann den Speck nicht essen wollen und nur das mir Bekömmliche herausäbeln. Ich kann nicht das System akzeptieren und seine rechtsstaatlichen Institutionen für unzuständig erklären, weil ich ihr Objekt geworden bin. [...]

In meiner Haltung zum Gericht kann mich auch nicht beirren, wenn Sie, Herr Oberstaatsanwalt, mit Ihrem Plädoyer versucht haben, meinen Standpunkt zu widerlegen, daß dies kein politischer Prozeß sei. [...] Wie immer das Urteil ausfällt, es wird an meiner Überzeugung nichts ändern, daß die neue Bundesrepublik die einzige geschichtliche Antwort auf unseren mißglückten Versuch ist. Das ist keine Seligsprechung dieser Gesellschaft, wie mir von bestimmter Seite unterstellt wird. Es ist die Respektierung einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die ihre Widersprüche nicht leugnet, sondern sich entfalten läßt – im Gegensatz zu unserer Praxis, Widersprüche nicht wahrhaben zu wollen, unter dem Deckel zu halten, bis der Kessel platzt. Wir haben versucht, die Utopie vom Himmel auf die Erde zu zwingen. Aber wenn man sie in ein bürokratisches Korsett von Einheitsideologie und Planwirtschaft schnürt, verwandelt sich die rote Muse in eine Medusa.

Heute fällt es schwer, von Vorzügen der Bundesrepublik zu sprechen, da die Schwierigkeiten das Blickfeld auszufüllen scheinen. Aber die vermißte Linearität der Entwicklung, die Perfektion, die abhanden gekommen ist, die Patentlösungen, die sich nicht augenblicklich einstellen wollen, sind utopische Tageserwartungen an ein utopisches Musterland, aber keine echten oder beständigen sozialen Kriterien. Wichtiger ist, daß man sagen kann: Laßt es uns besser machen. Und man kann es hier versuchen, einmal, zehnmal, hundertmal. Das macht die andere Lebensqualität aus. Als wir versuchten, es besser zu machen, war unser Kredit längst verbraucht, es sei denn, wir hätten überhaupt einen gehabt.

Herr Oberstaatsanwalt, Sie haben bei der Charakterisierung meiner Person kein Wort über die von mir öffentlich seit Jahren, jedenfalls lange vor diesem Prozeß, betriebene Auseinandersetzung mit meiner Vergangenheit und folglich mit der DDR und ihrer Geschichte verloren. Das geschah ja nicht, wie es die Anklage suggerieren will, in opportunistischer Hast, 5 Minuten vor 12. Sie wissen das doch besser, Herr Jahntz. Sie kennen meine Veröffentlichungen. Sie haben sie indes nur als Steinbruch für die Anklage verwertet. Mein Umdenken und mein Tun hat zu spät eingesetzt, das stimmt. Immerhin hatte es gereicht, Honecker von der Macht zu entfernen, die Mauer gegen Widerstand und Skepsis im Politbüro und weiten Teilen der SED zu öffnen und eine blutige Katastrophe zu verhindern. Immerhin habe ich in jenen Tagen – wie historisch spät es gewesen sein mag – auf den Straßen den Dialog mit den wütenden Menschen gesucht und bin von ihnen als Gesprächspartner angenommen worden, während mir in einem verzagten Politbüro giftig entgegengehalten wurde, ich würde dem Mob Konzessionen machen.

Irgendwie scheint das nicht zu dem Bild des Mauermörders zu passen, mit dem ich in den Kehrriht der Geschichte zurückgefeßt werden soll. Ich soll an der noch immer notwendigen Auseinandersetzung über das scheinbar hinter uns liegende nicht teilhaben, das uns noch immer begleitet. Die Vermutung liegt jedenfalls nahe.

Wird mir deshalb die Mentalität eines Schreibtischmörders verpaßt? Mein Gesicht ist eine Latexmaske. Ein unbeugsamer Oberstaatsanwalt streift sie ab und bringt die Physiognomie eines Honecker oder Ulbricht oder Stalin zum Vorschein. So soll es wohl sein. [...]

Ich habe vor diesem Gericht in vollem Umfang das Recht wahrnehmen können, alles geltend zu machen, was meine Erfahrung und Kenntnis von jener Zeit ist, die hier verhandelt wurde. Nun passen nicht alle meine Aussagen in den Kanon des Oberstaatsanwaltes. Mir kommt es statt dessen vor, als ob es zu diesem Kanon gehört, einen Angeklagten meiner Sorte moralisch zu demontieren, damit die Schuldzuweisungen des Anklägers trittfest werden. In meiner Lage kann ich mich kaum, jedenfalls nicht mit vergleichbarer öffentlicher Wirkung, dagegen zur Wehr setzen. Ich kann nur denen, die mich zum Opportunisten stempeln wollen, entgegenhalten: Es braucht mehr Courage dazu, aus eigenem Willen und ohne Aussicht auf Absolution den bitteren Weg der Selbsterkenntnis einzuschlagen, als sich dem durch Flucht in die Nestwärme eines Clubs von Unbelehrbaren zu entziehen. [...]